

## **Interpellation Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP): Erbringt die KAPO die im Ressourcenvertrag definierten Leistungen weiterhin?**

Mehreren Berichten der Berner Presse in den letzten Wochen zufolge rumort es bei der Berner Kantonspolizei gewaltig. Es sind Vorwürfe wegen Mobbing und sexuellen Uebergriffen im Korps erhoben worden. Zudem wird dem Kommandanten der Kantonspolizei eine gezielte Schwächung der Kommandoregion 4 (Bern) mittels Personalentscheiden vorgeworfen.

Diese Vorwürfe wurden zwar anonym erhoben; Nachfragen bei ehemaligen Angehörigen der Stadtpolizei haben aber ergeben, dass die Vorwürfe betreffend Personalentscheiden und Umstrukturierungen berechtigt sind; diese Entscheide sind aber auch für Insider völlig unverständlich.

Beispielsweise wurde die Stelle der Chefin Regionalfahndung nicht durch deren Stellvertreter, der die Abteilung mehrmals interimistisch geführt hatte, besetzt, obwohl er anscheinend durch das Regionalkommando vorgeschlagen wurde, sondern durch einen ehemaligen Kantonspolizisten, der zudem aus einer anderen Abteilung stammt. Desweiteren wurden 4 Stellen des Betäubungsmitteldienstes und 10 Stellen der Zielfahndung der Regionalfahndung Bern (ehemals Kripo) zur Kriminalabteilung in den Ringhof verschoben. Diese 14 Mitarbeitenden werden zukünftig für den ganzen Kanton Bern tätig sein; die Mitarbeitenden des Betäubungsmitteldienstes zudem in einem total anderen Bereich.

Es ist uns bewusst, dass der Grossrat das Aufsichtsorgan der Kantonspolizei ist. Da die Vorwürfe aber einerseits das Korps der ehemaligen Stadtpolizei betreffen, das mit 700 Personen fast die Hälfte des Bestandes der Kantonspolizei ausmacht und die Stadt andererseits fast 30 Millionen Franken für die Leistungen der Kantonspolizei bezahlt, sind wir der Ansicht, dass es unsere Pflicht ist, genauer hinzusehen.

Zudem ist nicht klar, inwieweit diese Umstrukturierungen die Bestimmungen im Ressourcenvertrag verletzen. Gemäss Art. 9 Abs 1 und 2 muss bei Veränderungen des Leistungsumfangs der Vertrag angepasst werden sowie der Gemeinderat bei Umstrukturierungen zwingend angehört werden.

Die SP-Fraktion ist beunruhigt und bittet deshalb den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Werden den Bedürfnissen der Stadt seitens der KAPO genügend Beachtung geschenkt?
2. Ist das Funktionieren der KAPO auf dem Stadtgebiet weiterhin gewährleistet?
3. Welche Umstrukturierungen wurden seit der Fusion der Stapo mit der Kapo vorgenommen und wurde der Gemeinderat dazu angehört, wie das auch im Ressourcenvertrag vorgesehen ist (Art. 19)?
4. Wird durch die Umstrukturierungen die auf die Stadt abgestimmte Organisation der ehemaligen Stadtpolizei zerschlagen?
5. Sind die neuen Stelleninhaber genügend mit den Verhältnissen der Stadt vertraut?
6. Werden nach diesen Umstrukturierungen die Leistungen, die im Ressourcenvertrag Anhang 1 festgelegt wurden weiterhin vollumfänglich erbracht?
7. Nimmt die Kantonspolizei in Kauf, dass die Versorgung der Stadt verschlechtert wird?
8. Sind sich die Verantwortlichen der KAPO bewusst, dass Polizeiarbeit in der Stadt und auf dem Land nicht dieselbe ist?
9. Wie beurteilt der Gemeinderat die Vorgänge in der Kantonspolizei?
10. Ist das Vertrauen in die Leistung der Kantonspolizei seitens des Gemeinderats nach wie vor vorhanden?

*Corinne Mathieu, SP*

Bern, 18. Februar 2010